

Bote von der Ybbs

Erscheint jeden Freitag 3 Uhr nachmittags

Bezugspreis mit Postverendung: Ganzjährig 8 14.60 Halbjährig " 7.30 Vierteljährig " 3.75 Bezugsgebühren und Einschaltungsgebühren sind im voraus und portofrei zu entrichten.	Schriftleitung und Verwaltung: Dr. Dollfuß-Platz Nr. 31. — Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen, Handschriften nicht zurückerstattet. Ankündigungen (Inserate) werden das erste Mal mit 10 Groschen für die 5 spaltige Millimeterzeile oder deren Raum berechnet. Bei Wiederholungen Nachlaß. Mindestgebühr 1 Schilling. Die Annahme erfolgt in der Verwaltung und bei allen Anzeigen-Vermittlungen. Schluß des Blattes: Donnerstag, 4 Uhr nachmittags.	Preise bei Abholung: Ganzjährig 8 14.— Halbjährig " 7.— Vierteljährig " 3.60 Einzelpreis 30 Groschen.
--	--	--

Folge 47

Waidhofen a. d. Ybbs, Freitag den 20. November 1936

51. Jahrgang

Politische Uebersicht.

Osterreich.

Über die Wiener Dreimächtekonferenz wurde ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem es u. a. heißt: Die Vertreter der drei Regierungen haben sorgfältig die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Staaten geprüft und ihre Absicht bekräftigt, in der bisher befolgten einvernehmlichen Zusammenarbeit fortzufahren, sie haben weiters ihren Entschluß bestätigt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit den anderen Staaten im Wege zweiseitiger Abkommen zu entwickeln. Die Vertreter der drei Regierungen haben mit Genugtuung das harmonische Funktionieren der Protokolle von Rom und deren vollkommene Eignung für die Zwecke des Wiederaufbaues des Donaubeckens hervorgehoben. Die Minister des Äußern Italiens und Ungarns haben mit Befriedigung die Mitteilungen der österreichischen Bundesregierung über die Entwicklung der Beziehungen zwischen Osterreich und dem Deutschen Reich auf Grund des Abkommens vom 11. Juli zur Kenntnis genommen. Der Minister des Äußern Italiens hat die Vertreter Osterreichs und Ungarns persönlich von seinen Gesprächen mit dem Führer und Reichskanzler sowie mit dem Außenminister des Deutschen Reiches in Kenntnis gesetzt; die Vertreter Osterreichs und Ungarns haben ihre lebhafteste Genugtuung über den seitens der italienischen und der deutschen Regierung gefaßten Entschluß ausgesprochen, die auf das Donaubecken bezüglichen Probleme im Geiste freundschaftlicher Zusammenarbeit zu behandeln, wobei für die drei Regierungen die Bestimmungen der Zusatzprotokolle von Rom vom Jahre 1936 maßgebend bleiben. Die Vertreter der drei Regierungen haben ihre volle Übereinstimmung darin festgesetzt, daß dem Standpunkte der österreichischen Regierung und dem der ungarischen Regierung hinsichtlich der Gleichheit der Rechte auf dem Gebiete der Aufrüstung die Berechtigung zuzuerkennen ist und daß diese Gleichberechtigung einem Grundprinzip der Gerechtigkeit entspricht. Die drei Regierungen werden sich bezüglich deren Verwirklichung auf dem Laufenden halten. Der österreichische Bundeskanzler und der Minister des Äußern Ungarns haben dem Minister des Äußern Italiens — der ihnen hierüber die herzlichste Befriedigung der italienischen Regierung ausgesprochen — den Entschluß ihrer Regierungen mitgeteilt, das italienische Imperium Äthiopiens formell anzuerkennen. Die italienische Regierung wird den Wünschen der österreichischen und der ungarischen Regierung nach Beteiligung ihrer Volkswirtschaft an der wirtschaftlichen Ausbeutung Abessinien gebührend Rechnung tragen.

In dem Linzer Heimatchutzorgan „Die neue Zeit“ äußert sich Sicherheitsminister Odo Neustädter-Stürmer über die Aufgaben seines Ressorts. Er spricht sich für die Mitarbeit der nationalen Kreise aus: „Was mein Ressort für Sicherheitsangelegenheiten anbelangt, erklärte Bundesminister Neustädter-Stürmer, „so habe ich nach dem deutsch-österreichischen Abkommen vom 11. Juli die feste Zuversicht, daß es nun gelingen wird, auch die sogenannten „betont nationalen“ Kreise zur positiven Mitarbeit am Aufbau des neuen Osterreich heranzuziehen. Ein Großteil dieser Kreise stand ja seinerzeit in den Reihen des Heimatstuhles. An dem unseligen Kampf, der später kam, trägt der Heimatstuhls wahrlich keine Schuld. War es doch gerade seine nationale Pflicht, Osterreich vor aussichtslosen politischen Experimenten zu bewahren, die mit Sicherheit zur Zerstückung des Landes und zur Vernichtung seines Deutschtums geführt hätten. Diese nationale Pflicht hat der Heimatstuhls mit schweren Blutopfern erfüllt. Das deutsch-österreichische Abkommen hat den Bruderzwist beendet. Es liegt in den Intentionen der Regierung, die wertvollen nationalen Kräfte zur Mitarbeit heranzuziehen. Wenn die nationalen Kreise den Gedanken des deutschen Volkstums als jene Idee betrachten, die ihnen als die wichtigste erscheint, so müssen sie wohl heute einsehen, daß sie dem deutschen Volkstum den besten Dienst erweisen, wenn die an der Vollendung des Aufbaues des neuen Osterreich positiv mitarbeiten.“

Osterreich — Deutsches Reich.

Der österreichische Staatssekretär Dr. Guido Schmidt ist auf Einladung des deutschen Reichsaußenministers Freiherrn v. Neurath zu einem Besuch in Berlin

eingetroffen. Die deutschen Zeitungen bringen überaus freundliche Begrüßungsartikel. So schreibt die „Germania“, das Blatt des Botschafters von Papen: „Der Besuch des österreichischen Staatssekretärs Dr. Schmidt, der erste offizielle Besuch eines österreichischen Regierungsmitgliedes im heutigen Deutschland, ist ein Zeichen dafür, daß von beiden Seiten an einem vollen und dauerhaften Einvernehmen gearbeitet wird, wie es den nationalen Lebensinteressen und der gemeinsamen deutschen Grundlage der beiden Staaten entspricht. Gerade eine Persönlichkeit, wie die des Staatssekretärs des Äußern Dr. Schmidt, bringt die sachlichen und menschlichen Voraussetzungen dafür mit, um das Zusammenwirken der beiden deutschen Länder im mitteleuropäischen Raum in seiner vollen Bedeutung zu würdigen und es tatkräftig zu fördern. Wir hoffen auf eine Entwicklung, in der Besuche, wie der morgige, freudige Selbstverständlichkeit werden. Wir begrüßen den Besuch aus Wien als eine Etappe auf dem Wege völligen Einvernehmens zwischen den beiden deutschen Staaten.“

Staatssekretär Dr. Schmidt bei Reichskanzler Hitler.

Berlin, 19. November. Der Führer und Reichskanzler empfing heute den österreichischen Staatssekretär für Äußeres Dr. Guido Schmidt zu einer etwa zweistündigen Aussprache über schwebende politische Fragen. An der Besprechung nahmen Reichsminister Freyher von Neurath, der österreichische Gesandte in Berlin Ing. Taušich, Botschafter v. Papen und Staatssekretär Dr. Meißner teil. Im Laufe der politischen Unterhaltung, die alle gegenwärtig wichtigen Probleme streifte, würdigte der Führer und Reichskanzler die Bemühungen des Bundeskanzlers, die äußere und innere Lage Osterreichs zu verbessern, und erinnerte insbesondere an die Jahre, da Bundeskanzler Dr. Schuschnigg als tapferer Kämpfer in den Reihen der alten österreichisch-ungarischen Armee für das gemeinsame deutsche Schicksal gekämpft hat.

Im Anschluß hieran stellte Staatssekretär für Äußeres Dr. Guido Schmidt dem Führer seine Mitarbeiter, Gesandten Dr. Wildner, den Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung, Gesandten Hoffinger, den Leiter der Abteilung Mitteleuropa des Wiener Außenministeriums, sowie seine anderen Begleiter vor.

Die Franco-Regierung in Berlin und Rom anerkannt.

Die Regierungen von Deutschland und Italien haben sich entschlossen, die nationale Regierung des Generals Franco in Spanien anzuerkennen. Die Reichsregierung erklärt, gleichlautend mit der italienischen Regierung in einer amtlichen Mitteilung zu diesem Schritt, daß die Regierung General Francos vom größten Teil des spanischen Staatsgebietes Besitz ergriffen habe und in den übrigen Teilen Spaniens von der Ausübung einer verantwortlichen Regierungsgewalt nicht mehr die Rede sein könne. Die deutsche Regierung wird ebenso wie die italienische Regierung bei der Regierung des Generals Franco alsbald einen Geschäftsträger zur Aufnahme der diplomatischen Beziehungen bestellen. Der bisherige deutsche Geschäftsträger in Alicante ist abberufen worden. Der Geschäftsträger der früheren spanischen Regierung hat Berlin aus eigenem Entschluß bereits Anfangs November verlassen.

Der „Völkische Beobachter“ schreibt hierzu, das Reich habe seit 1933 seine Politik auf Tatsachen und Wirklichkeiten gegründet in der Überzeugung, damit am besten der notwendigen Zusammenarbeit zu dienen. Im Sinne dieser Politik der Tatsachen habe Deutschland aus der Lage in Spanien die Folgerungen gezogen und jene Kräftegruppe anerkannt, die allein über eine Regierungsautorität verfüge.

Wie in informierten Kreisen versichert wird, werden sich Osterreich und Ungarn in den nächsten Tagen dem Schritte Italiens und Deutschlands anschließen und die nationale Regierung in Burgos anerkennen.

Deutsches Reich.

Vergangenen Samstag ist ein weiterer Artikel des Dittakfriedens von Versailles gefallen. Deutschland hat den bei den internationalen Stromkommissionen für Rhein, Donau, Elbe und Oder vertretenen Regierungen mitgeteilt, daß es, nachdem diesbezügliche Verhandlungen ergebnislos verlaufen sind, die Reichshoheit über die deutschen Wasserstraßen kraft eigener Souveränität wiederherstellt.

Aus Berichten aus Tokio geht hervor, daß ein deutsch-japanisches Übereinkommen besteht. Dieses stelle weniger dar als eine formelle Allianz und mehr als eine bloße Erklärung gegen den Kommunismus. Die endgültige Form, in der das Abkommen veröffentlicht werden soll, sei noch nicht bekannt. Sein Zweck sei wahrscheinlich, die antikommunistischen Kräfte gegen den Sowjeteeinfluß zu vereinigen. Es dürfte die technische Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der japanischen Armee und deutsche Hilfe bei der Aufrüstung Japans vorsehen. Das Abkommen sei nicht gegen China gerichtet, im Gegenteil, die japanische Politik zielt darauf hin, China in einen antikommunistischen Block einzubeziehen. Italien soll dem Block entweder direkt oder durch seine Vereinbarungen mit Deutschland angehören.

Im Rahmen der Gauamtsleitertagung der NSDAP, die auf der nationalsozialistischen Ordensburg Vogelsang stattfand, sprach Generalfeldmarschalleutnant von Blomberg. Er betonte die Gemeinsamkeit der Aufgabe von Partei und Wehrmacht und erklärte, Wehrmacht und Partei gehören im neuen Deutschland zusammen. Nationalsozialismus und Sozialismus seien im tiefen Wortsinne dasselbe. Ein guter Soldat muß im neuen Deutschland auch ein guter Nationalsozialist sein. Wir wollen, erklärte er, in der Wehrmacht eine Kameradschaft vom General bis zum jüngsten Rekruten und wir haben sie. Wir sehen die Ehre des Offiziers nur in der Erfüllung der Pflicht. Wir wollen einen Gehorsam, aber auch jenen Gehorsam, der dem Kameraden des Amtes gilt, ganz gleich, ob er eine Kompanie schon Jahre hindurch führt oder ob er mitten in der Schlacht an die Stelle seines gefallenen Vorgängers tritt. Wir brauchen nicht auf große Vorbilder in der Geschichte zurückzublicken, unser erhabenstes Vorbild lebt mitten unter uns: Adolf Hitler.

Großbritannien.

Der erste Lord der Admiralität Sir Samuel Hoare hielt dieser Tage eine beachtenswerte politische Rede, in der er sich zu dem alten englischen Grundsatz bekannte: „Praktische Erfahrung auf der Grundlage der englischen Injularität“. Denn diese ermögliche es England, Zeit zu eigener Meinungsbildung zu gewinnen und zu gelegener Stunde zu handeln, falls es die Notwendigkeit erfordere. Sir Samuel Hoare trat dabei für eine Politik der unparteilichen Freundschaft mit allen Ländern ohne Rücksicht auf das System ihrer Regierung ein. England könne sich aber — das liege in seiner Injularität — niemals festlegen. Seine Aufgabe bestehe darin, bei seiner Beteiligung an der europäischen Politik ein etwas fremdes Element zu bilden, das „überseeisch bestimmt“ sei. Wenn er auch nicht an einen Krieg glaube, so sei er doch für die Aufrüstung Englands. „Unsere injulare Lage gab uns die Zeit zur Urteilsbildung über die großen Weltfragen. Da ist es denn von Bedeutung, daß man nach der Meinungsbildung auch die Macht hat, sie zu vertreten.“

Staat und Presse.

In der Sitzung des Finanz- und Budgetausschusses des Bundestages vom 17. ds. brachte Abg. Funder die Regelung der Beziehungen des Staates zur Presse zur Sprache. Mit einer tüchtigen, ehrenhaften, wachsam, auf der Höhe ihrer Aufgaben stehenden Presse, jagte der Redner unter anderem, kann der autoritäre Staat eine große geistige Macht für sich ins Treffen führen. Verliert die Presse dieses Vertrauen, weil man sie unwürdig gebraucht, dann wird sie auch ein ziemlich wertloses, untaugliches Werkzeug für die Staatsführung. Es erscheint mir als sicher, daß der fortschreitende innere Aufbau des neuen Staates, seine nach innen und außen wachsende Stärke, in der Behandlung und Stellung der Presse Ausdruck finden soll. Wir haben im Staat viele Fortschritte gemacht, in der Behand-

lung des Zeitungswezens hat sich jedoch ein Gewohnheitszustand herausgebildet, der gerade deshalb schädlich ist, weil er manchen angenehm und bequem erscheinen lässt. Ich stelle mit Betonung fest, daß die Aufgaben und die Existenzbedingungen der österreichischen Zeitung von der Leitung des Presseabteilungs des Bundeskanzleramtes stets jene verständnisvolle und zielgerechte Behandlung erfahren haben, die einer reichen Erfahrung und einem aufrichtigen Wohlwollen entspringt. Aber die Nachrichtenzenjur wird heute von den verschiedensten Stellen und ohne einheitliche Grundzüge geführt. Es hat sich der Gewohnheitszustand herausgebildet, daß die verschiedensten Behörden und Unterbehörden Vorschriften machen dürfen, die mit der Pressepolitik nicht das geringste zu tun haben und einfach auf die Unterdrückung von gänzlich unpolitischen Tatsachen für die Öffentlichkeit hinausgehen, nur aus dem Grunde, weil es irgendeiner Stelle angenehmer erscheint, daß der Sachverhalt nicht bekannt wird. Die Kriegszensur hatte höchsten Interessen in dem schwersten Notstand zu dienen; aber ich kann aus meiner publizistischen Tätigkeit sagen, daß die militärische Zensur damals nach den ersten Lastversuchen weniger kompliziert war, als jene Kontrolle, die heute von manchen Stellen ausgeübt wird.

Daß der Zeitungsleser zu ausländischen Blättern greift, die dem Nachrichtenverbot nicht unterworfen werden können, ist daher begreiflich. So haben wir eine Überfremdung des Zeitungswezens erreicht, die wirtschaftlich und noch mehr politisch ungesund ist. Auch inländische Blätter, die ihr Amt ernst nehmen, werden durch diese irreguläre Praxis vor ihren Lesern disqualifiziert, weil sie der Wertung schuldig zu sein scheinen. Die jetzige Praxis ist gegen das Interesse des Staates und begünstigt Mißbräuche. Selbstverständlich muß die Presse den Staatszielen eingeordnet werden, selbstverständlich ist auch auf sie der autorisierte Staat seine Ansprüche, selbstverständlich hat sie im Geist der Verfassung und der W.F. an der geistigen Formung der Volksgemeinschaft und des Staates mitzuwirken. In diesem Rahmen kann ihre Freiheit groß genug sein, wenn man ihre natürlichen Beschränkungen nicht engherzig anwendet und dem gewissenhaften Publizisten auch Raum für die eigene Verantwortlichkeit läßt.

In der notwendigen Reform darf der Staat sicherlich alle Unterstützung von der neugeschaffenen Pressenkammer erwarten. An ihrem Zustandekommen hat der Leiter des Bundespresseamtes ein großes Verdienst. Dem anzustrebenden, neuen, einheitlichen Pressegesetz sollte aber jetzt schon eine Änderung der Zensurpraxis vorausgehen, die nach klaren einheitlichen Maximen geordnet ist und nicht etwa in Linz oder sonst wo als verboten erklärt, was in Wien erlaubt ist und umgekehrt. Vor allem aber soll sie den für die staatliche Pressepolitik verantwortlichen Organen überlassen sein. Nur eine Presse, die klug und gewissenhaft der Wahrheit dient, ist dem Staat nützlich.

Eine treffende Kritik.

Anlässlich der Debatte über das Budget forderte Abg. Ing. Raab, Präsident des Gewerbeverbandes, daß die neue Befehung der Steuereinschätzungskommissionen auf Grund der Vorschläge der neuen Bünde erfolge. Was das Gewerbe an Lasten bedrückt, seien in erster Linie die kolossalen Abgaben und auch die Warenumsatzsteuer, die gezahlt werden müsse, ob das Geschäft aktiv oder passiv sei. Da empfehle ich schon, fuhr er fort, die Steuerhinterzieher. Ich will nur einen Namen nennen, Krupnik in Wien. Dieser Unternehmer legt tausend Schneidermeister nieder, aber wenn Frau Krupnik bei allen möglichen vaterländischen Veranstaltungen auch als Fahnenpatin auftritt, müssen Sie schließlich diese Stimmung der kleinen Handwerksleute mit 1400 Schilling Jahresentkommen verstehen. Frau Krupnik wird Ihnen den Staat nicht aufrechterhalten. Fragen Sie, was für Löhne sie zahlt und wie die Arbeitsverhältnisse dort sind. Da gehört eine starke Faust dazu, um diese Dinge zu ändern.

Das einmal zu sagen, war wirklich notwendig!

Der Krieg in Spanien.

Der Kampf um Madrid ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Der Hauptwiderstand der Roten ist gebrochen. Die Nationalisten haben schon wichtige Stadtteile besetzt und es steht die Befehung der ganzen Stadt bevor. Die Kämpfe wurden mit der äußersten Erbitterung geführt und es kam oft zu schweren Nachkämpfen. Furchtbar haben sich in Madrid die zahlreichen Bombenangriffe ausgewirkt. Zahlreiche Brände waren die Folge dieser oft nächtlichen Luftangriffe. Die Bevölkerung wurde von einer panikartigen Stimmung ergriffen und flüchtete. Madrid blieb in den letzten Tagen einer Hölle.

50.000 Marokkaner wollen an die Front.

Einer Meldung der Agentur Radio aus Lissabon zufolge, hat der Sender Lissabon mitgeteilt, daß mehr als 50.000 Marokkaner den Antrag gestellt haben, in die Reihen der nationalen spanischen Truppen aufgenommen zu werden.

Die Burgos-Regierung dekretiert Notenabstempelung.

Nach einer Meldung habe infolge der Abgänge von Gold und Noten der Bank von Spanien, die durch die Madrider Regierung durchgeführt wurden, die Burgos-Regierung ein Dekret

Zur Frage der Friedensrevision.

Die aufmunternden Worte, die Mussolini in seiner Mailänder Botschaft vom 5. November 1936 für das durch den Friedensvertrag von Trianon verstümmelte Ungarn fand, gaben den Revisionsbestrebungen dieses Landes naturgemäß neuen Auftrieb und der Weltpresse Anlaß zu unterschiedlichen Betrachtungen auf diesem heiklen Gebiete. Der unjener Fanden von gestern in allen Gliedern stehende „Revisionsmus“ ist die Frucht ihres Wertes.



In der weiten Ebene

an den Ufern des Neustädlersees liegen die Felder und Acker des Hofes, auf dem die Pötzers sitzen — seit mehr als hundert Jahren.

„Mein Vater selig hat schon gesagt, wir Bauern müssen trinken, was auf unserem eigenen Boden wächst“, erzählt Herr Stefan Pözser. „Es werden nun schon an die 40 Jahre sein, daß wir Kathreiner verwenden.“

Jede Schale Kathreiner, die getrunken wird, hilft österreichischen Bauern! Dieleicht trinken darum so viele Bauernfamilien

Kathreiner

den heimischen Kneipp Malzkaffee

Er ist ein Kind der Nachkriegsordnung, die, ungerecht und damit unnatürlich wie kein europäisches Staatensystem vor ihm, den Völkern nicht den erhofften Frieden, sondern nur neues Leid und neue Gefährtenmomente brachte.

Am 5. November 1918 eröffnete der amerikanische Staatssekretär für Äußeres Lansing der deutschen Reichsregierung auf ihr Angebot, auf Grundlage der bekannten Forderungen Wilsons in Friedensverhandlungen einzutreten, die Bereitschaft der Vereinigten Staaten und der alliierten Mächte dazu. Allerdings unter dem Vorbehalt, daß nicht nur die Räumung, sondern auch die Wiederherstellung der besetzten Gebiete zu erfolgen habe. Darunter verstand die Antwort Lanings „die Leistung von Ersatz seitens des Deutschen Reiches für allen der Zivilbevölkerung der alliierten Staaten durch Angriffe zu Lande, zu Wasser und aus der Luft zugefügten Schaden“.

Durch Annahme dieser Bedingungen und Vorbehalte entstand ein völkerrechtlicher Vertrag zwischen den Kriegführenden, ein Vorfriedensvertrag, der für beide Seiten die rechtsverbindliche Grundlage für den Friedensvertrag darstellte.

Die gegenständlichen Festsetzungen beschränkten sich nicht auf die von Präsident Wilson in seiner am 8. Jänner 1918 vor beiden Häusern des amerikanischen Kongresses gehaltenen Rede verkündeten bekannten 14 Punkte und auf dessen weitere Richtlinien vom 17. Februar 1918; Lansing hatte in seiner über Auftrag Wilsons Berlin zugefertigten Antwort auch auf andere, frühere und gleichwertige Formulierungen des Präsidenten hingewiesen, die dessen Lösung „Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und vollkommene Freiwilligkeit“ zum Ausdruck bringen. Auch sie wurden angenommen, verpflichteten demnach beide Teile beim Abschluß des Friedenspaktes. Unter ihnen sind in der Behandlung der Revisionsfragen fraglos die folgenden von größter Bedeutung:

„Völker und Gebiete dürfen nicht von der einen Souveränität an die andere verschenkt werden, als ob sie totes Mobiliar oder nur Spielfiguren wären.“

Nur das Wohl der in Frage kommenden Bevölkerung und nicht die materiellen Interessen irgendeines Staates dürfen dabei berücksichtigt werden.

Alle Regelungen von Territorien und Souveränität, alle wirtschaftlichen Übereinkommen oder politischen Bindungen dürfen nur durchgeführt werden, wenn das Volk, das von ihnen unmittelbar berührt wird, sie freiwillig annimmt.

Vor allem darf aber nur unparteiische Gerechtigkeit walten. Es darf keinen Unterschied geben zwischen denen, die man gerne gerecht behandeln möchte, und denjenigen, die man nur ungerne gerecht behandelt. Es muß eine Gerechtigkeit herrschen, die keinen Favoriten kennt und nur den Standpunkt der Gleichberechtigung aller Völker berücksichtigt.“

Es sollte aber zu keinem Wilsonfrieden zwischen den Alliierten und Assoziierten und Deutschland, sondern zum Versailler Diktat kommen. Und ebenso wenig kam es zu richtigen, den auch von der Gegenseite freiwillig und eindeutig auf sich genommenen Verpflichtungen entsprechenden Friedensverträgen zwischen den Gewinnern und den deutschen Verbündeten Österreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei. Die Staatsverträge von St. Germain, Trianon, Neuilly und Sevres gleichen dem Strafteil von Versailles wie ein Ei dem anderen. Niemand war je im Zweifel darüber, daß diese Friedensinstrumente einen Wortbruch darstellen, wie ihn die Weltgeschichte noch niemals verzeichnet hatte.

Es ist daher kein Wunder, daß die Stunde des Insultentretens der durch einen glatten Betrug zustande gekommenen und auf der Lüge von der deutschen Kriegsschuld aufgebauten Friedensdiktate zur Geburtsstunde der Revisionsbewegung im Lager der um ihr Selbstbestimmungsrecht schmächtig betrogenen Deutschen, Magyaren, Bulgaren und Türken ward.

Der Türke nahm seine letzten Kräfte zusammen, griff zu den Waffen und führte sie im Befreiungskampfe zum Siege. Am 24. August 1923 unterfertigte die freie Türkei als gleichberechtigter Teilhaber den Frieden von Lausanne.

Das deutsche, das magyarsche und das bulgarische Volk stehen heute noch im Kampfe um die Wiedergutmachung des ihnen zugefügten Unrechtes und der erlittenen Schmach.

Der lauteste Ruf in diesem Kampfe ist Ungarn. Mehr als ein anderes unterlegenes Land verstand es, in der Welt für seine Forderung „Gerechtigkeit für Ungarn“ Stimmung zu machen. Die Verluste an Volksgenossen, die es in Trianon erlitt, sind gewaltig, aber nicht so groß, wie dies Mussolini, der Förderer der ungarischen Revisionsbestrebung, verkündete. Nicht vier Millionen Magyaren sind es, die vom magyarschen Mutterland abgetrennt wurden, sondern rund 2 1/2 Millionen, davon kaum 1 1/2 Millionen auf geschlossenen magyarschen Sprachboden.

Unvergleichlich größer ist die Zahl von Volksgenossen allein schon auf geschlossenen nationalen Sprachgebieten, die das deutsche Volk in den freien deutschen Staaten, Reich und Deutschösterreich an Fremdherrschaft ziehen zu lassen gezwungen war.

Deutschösterreich war hier der größere Leidtragende. Trotz aller ihrer Einsprüche mußten 3,2 Millionen seiner Söhne und Töchter ihre werterbe Staatsangehörigkeit mit der tschechischen, weitere 228.000 am deutschen Südtirol mit der italienischen und 50.000 mit der jugoslawischen vertauschen. So wollte es der harte Wille der „Sieger“. Rechnet man zu diesem Verlust von rund 3 1/2 Millionen Seelen noch den des Deutschen Reiches an ihm gewaltig entzogenen, auf bisher unter Reichshoheit gestandenen Teilen des geschlossenen deutschen Sprachbodens siedelnden 2,340.000 Deutschen — 1,614.000 fielen an Frankreich, 587.000 an Polen, 71.000 an Litauen, 50.000 an Belgien und 18.000 an Dänemark — so gelangt man zu der erschütternden Zahl von 5,818.000 Volksgenossen, die durch das Verbrechen des Diktatensystems fremdnationalen Staaten angegliedert wurden.

Es fragt sich daher, welchem Volk das größere Leid angetan wurde, welches durch die Pariser Nachkriegsordnung mehr verstümmelt wurde, das magyarsche oder das deutsche. Jedenfalls haben wir Deutsche zumindest ebensoviel Berechtigung, aus dem Gesichtspunkt des nationalen Prinzips eine Revision der in Versailles und in St. Germain dem Deutschen Reich und Österreich gezogenen Grenzen zu verlangen und uns für die Durchsetzung dieser gerechten Forderung mit allen Kräften einzusetzen.

Man glaube auch ja nicht, daß das deutsche Volk, wenn es auch in dieser Richtung weniger aufdringlich und vorläufiger auftritt, anders denkt, als sein magyarscher Freund und Nachbar. Auch wir vermissen unsere Brüder nicht, wir verfolgen klopfenden Herzens ihr schweres Los und wollen sie niemals aufgeben. Auch wir Deutsche sind Revisionsmänner. Wir sprechen weniger von Revision, wir denken aber stets an sie. „Lei mit lugg lassen!“ ist auch hier unsere Lösung.

Ungarn ist sich heute wohl darüber im Klaren, daß die Durchsetzung der magyarschen Revisionsansprüche mit der seiner Schicksalsgenossen anderer Zungen innigst verknüpft, daß eine ungarische Teilaktion zur Befriedigung der durch das nationale Prinzip gewollten magyarschen Wünsche auf Vergrößerung des ungarischen Staatsgebietes auf Sand gebaut ist. Die magyarschen Forderungen stehen und fallen mit der Revision des gesamten Faktensystems. Klar ist ferner, daß diese Forderungen über das geschlossene Sprachgebiet der einen oder der anderen Nation nicht hinausgehen können.

Daß es zu einer Friedensrevision kommen wird, ist allein schon durch die Entwicklung der Nachkriegszeit erwiesen. Die Revision ist auf dem Marsch, darüber ist wohl kein Zweifel. Zwei Nebenfragen sind allerdings offen. Die eine betrifft den Zeitpunkt, an dem die Revision erfolgen, die andere die Art und Weise, wie dieser Wandel geschehen wird. Wird sie evolutionär oder revolutionär erfolgen? Es liegt hauptsächlich in den Händen der Gewinnermächte, daß hier der revolutionäre Weg vermieden wird.

Observator alpinus.

Der Winter naht — Gebt für die armen Volksgenossen!

Der diesjährige Nobelpreis für Literatur ist dem Amerikaner Eugen O'Neill zuerkannt worden.

In Sachen haben die Eltern von Schülern das Recht, dem Unterricht zuzuhören.

Die Eltern der von Frau Luner zu Tode gequälten Hausgehilfin Anna Augustin haben gegen das Ehepaar Luner eine Klage auf Bezahlung von Schmerzensgeld in der Höhe von 25.000 Schilling für ihr totes Kind eingeleitet.

Im Standgerichtsprozeß gegen den Mörder der Postwallerin Anna Freitag, Alois Eder, stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Todesstrafe.

In Innsbruck fand ein „Elektrischer Zapfenstreich“ statt. 200 Elektrizitätsarbeiter zogen unter Vorantritt einer Musikkapelle durch die Stadt.

wagen gezogenes fahrbares Elektrizitätswerk, das die 200 Lampen mit Strom versorgte.

Am 1. März werden die Kleinen-Entente-Briefmarken in der Tschechoslowakei, Jugoslawien und in Rumänien in den Verkehr kommen.

Im Kassenraum der Englisch-Ungarischen Bank in Budapest wurde ein Bankdiener auf verwegene Weise beraubt.

In der Nähe von Crajowa in Rumänien fand ein Bauer bei Feldarbeiten eine Truhe, in der sich wertvolle Gold- und Silbergegenstände sowie zahlreiche Münzen aus dem 18. Jahrhundert befanden.

Bücher und Schriften.

E. F. Ramuz: „Ein Burtsche aus Savoyen“. Leinen S 5.40 für Mitglieder der Büchergilde Gutenberg.

Schweizer Dichters Ramuz. Die mit interessanten Bildern geschmückte Erzählung reißt sich, was Inhalt und Sprache anbelangt, würdig den früher erschienenen Arbeiten des Verfassers an.

Humor.

Rach gefaßt. „Was ist das für eine lange Bohnenstange, da drüben?“ — „Das ist meine Tochter!“ — „Donnerwetter, ist das Mädchen groß und schön geworden!“

Im Wandergelände steht neben einem Herrn eine hübsche Dame. Plötzlich knattert ein Maschinengewehr in nächster Nähe los, und erschrocken taumelt die Dame rückwärts.

Geistesgegenwart, als seine Frau ihn überrascht: „So, Kurtchen, jetzt habe ich dir gezeigt, wie man Fräulein den Gutenachtkuß gibt und — und das ist das letzte Mal, daß Vati dir das zeigt!“

Leopold und Leopoldine sitzen im Stadttheater. Leopold strahlt: „Eine herrliche Koloratur hat die Sängerin!“ — Brummt Leopoldine: „Paß lieber auf den Gesang auf!“

Schriftl. Anfragen an die Verw. d. Bl. sind stets 24 g beizulegen, da sie sonst nicht beantwortet werden können.

Trodene Jahreswohnung (womöglich Zimmer und Wohnküche) im Stadtzentrum zu mieten gesucht.

Fast neues verzinktes Eisen-Benzinfaß mit Pumpe preiswert zu verkaufen.

Wirtschaft, Haus oder Geschäft verkauft, tauscht oder kauft man durch den über 58 Jahre bestehenden, handelsgerichtlich protokollierten

Allgem. Verkehrs-Anzeiger Wien I., Weihburggasse 26 / Keine Provision! Spesenfreier Beamtenbesuch

Glänzende Kapitalanlage! Zinshaus mit 16 mieterschutzfreien Wohnungen (bestehend aus Zimmer und Küche) im Liquidationswege sehr preiswert zu verkaufen.

Suche kleine Wirtschaft mit Grund für 2 bis 3 Kühe und etwas Wald in Stadtnähe gegen Barzahlung.

Ein Zirkel-Speisezimmer zu verkaufen. Zur Ansicht täglich von 9 bis 10 Uhr vormittags bei Reichenspader.

Wegen Übersiedlung zu verkaufen: Möbel (auch Biedermeier), Vitrine, Auszugstisch, Küchensachen, Transportkörbe, Silber usw.

Wohnung (Zimmer, Kabinet, Küche, Vorzimmer und Bad) mit Gartenbenützung ab Feber 1937 zu vermieten.

Tüchtiger Vertreter für Haushaltungsgegenstand per sofort gesucht. Auskunft in der Verw. d. Bl.

Kleinhaus

in Waidhofen a. d. Ybbs, Kupfer- schmidgasse 4, bestehend aus Zimmer, Küche und kleinem Kabinett, eigener Brunnen in der Küche, 2 Mansardenzimmer, schöner Wägeboden, Holzhitze samt Ziegenstall und Heuboden, alles hart gedeckt, anschließend schöner sonniger Garten, ist preiswert zu verkaufen.

Gut eingeführtes Baugeschäft in Waidhofen a.d. Ybbs

mit Stadtkanzlei und großem Lagerplatz, ist kurz- oder langfristig, event. mit vorhandenem Inventar und Aufträgen, zu verpachten.

Optimismus allein genügt nicht — zur Umsatzsteigerung gehört mehr: Wirksame, wirtschaftliche Werbung! Werden Sie daher unser Inserent!

Ein Lager von 1000 Paar im Preis tief herabgesetzten

SKI!

vom billigsten Konsum-Ski bis zum modernsten ausgeführten Spezial-Ski beim Erzeuger, also aus erster Hand, ohne Zwischenhändler, Skistöcke Marke „Komperdell“ (die Marke unserer Olympia-Staffelläufer in Garmisch-Partenkirchen), ferner Ski-Bindungen aller Modelle

Spezial-Skiwerkstätte M. Wiesner Waidhofen a. d. Ybbs Weyerstraße 55 · Fernsprecher 127

stehen bei der Auswahl zur Verfügung! Alle Reparaturen, Montieren von Stahlkanten schnellstens! Seehundfelle, aller Ausrüstungsbedarf!

Offizielle Steyr-Verkaufsstelle

Hans Kröllner, konz. Kraftfahrzeugmechaniker, Waidhofen a. d. Ybbs



Offizielle Steyr-Reparaturwerkstätte / Ersatzteile, Kugellager / Akku-Ladestation / Benzin, Öl, Pneu

Auf Wunsch jederzeit Vorführung aller Steyr-Typen gegen vorherige Anmeldung · Tel. 113

Valentin Rosenzopf, Gewehrfabrikant, Ferlach (Kärnten) Erzeugung erstklassiger Jagdwaffen

Zweigstelle Waidhofen

a. d. Ybbs, Dr. Dollfuß-Platz 16

Ferlacher Präzisions-Büchsenmacher-Werkstätte Rosenzopf

Gerichtl. beid. Sachverständiger und Schätzmeister

Jagdgewehre und deren Reparatur nur vom Fachmann

Für jedes Gewehr 10 Jahre Garantie!



Sämtliche Jagdbedarfsartikel! Verschleiß des österreichischen Schieß- und Sprengmittelmonopols!

Dank.

Für die vielen Beweise innigster Anteilnahme an dem schweren Verlust, den wir durch das Ableben unseres lieben Gatten, Vaters, Sohnes, Bruders, Schwagers und Onkels, des Herrn

Anton Kerschbaumer

erlitten haben, sagen wir Allen unseren herzlichsten Dank. Insbesondere danken wir der hochw. Geistlichkeit, den ehrw. Schwestern, der Gastwirte, den Schülern der Realschule mit Herrn Professor Oertrauch, der Abordnung des Kriegervereines, dem christl. Arbeiterverein sowie allen jenen, die dem teuren Toten das letzte Geleit gaben.

Waidhofen a. d. Ybbs, im November 1936.

Familie Kerschbaumer.

Sicherheit reeller Bedienung!

Bezugsquellen-Verzeichnis

Sicherheit reeller Bedienung!

Autoreparaturen, Autogarage, Fahrschule:

Hans Kröllner, Starhemberg-Platz 44 und 3, Tel. 113, Autos und Maschinenreparatur, Benzin- und Ölstation.

Baumeister:

Carl Dejewo, Dr. Dollfuß-Platz 18, Stadtbaumeister, Hoch- und Eisenbetonbau. Friedrich Sähen, Postleinerstraße 24—26, Bau- und Zimmermeister, Hoch- und Eisenbetonbau, Zimmererei und Sägewerk. Eduard Seeger, Ybstorgasse 3, Stadtbaumeister, Hochbau, Beton- und Eisenbetonbau.

Bau-, Portal- und Möbeltischlerei:

Gottfried Bene, Waidhofen-Zell a. d. Ybbs, Möbelfabrik und Bautischlerei, Möbelhalle.

Bäder:

Karl Biaths Witwe, Starhemberg-Platz 39, Dampfbäderei und Zuberbäderei.

Bekleidungsartikel:

Robert Scheidow, Schuhe, sämtliche Bekleidungsartikel für Sport und Straße, Wäsche, Wirkwaren, Stoffe sowie Weißwaren.

Buchbinder:

Leopold Nitsch, Hörtlergasse 3. Alle Bucheinbände und Kartontagen.

Buchdruckerei:

Druckerei Waidhofen a. d. Ybbs, Gef. m. b. H.

Drogerie, Parfümerie und Photohandlung, Farben, Lacke, Pinsel: Leo Schönheinz, Filiale Starhemberg-Platz 35.

Delikatessen und Spezereiwaren:

B. Wagner, Hoher Markt 9, Würst- und Selchwaren, Milch, Butter, Eier, Touristen-Proviant. Josef Wuchse, 1. Waidhofener Käse-, Salami-, Konserven-, Süßfrüchtens-, Spezerei- und Delikatessenhandlung. En gros, en detail.

Das Schaufenster spricht zu Hunderten, Das Inferat aber spricht zu Tausenden!

Essig zum Einlegen:

beim Gärungseffigerzeuger Ferdinand Psau, Waidhofen a. d. Ybbs. Verlangen Sie bitte überall Psau-Essig!

Farbwaren und Lacke:

Josef Wolkerstorfer, Starhemberg-Platz 11, Telefon 161, 1. Waidhofener Spezialgeschäft für Farbwaren, Öl- und Benzinreparatur m. elektr. Betrieb.

Installateur:

Hans Blaschko, Starhemberg-Platz 41, Tel. 96, Wasserinstallation, sanitäre, Heizungs- und Pumpenanlagen, Spenglerei, Milch- und Küchen- geschirre, kupferne Kessel und Wasserhähne, Eternit-Isolierbeläge und Wandverkleidungen, Eternit- abflußrohre.

Kaffee, Tee und Spezereiwaren:

Josef Wolkerstorfer, Starhemberg-Platz 11, Telefon 161.

Licht- und Kraftinstallationen, elektrische:

Elektrowerk der Stadt Waidhofen a. d. Ybbs, Starhemberg-Platz.

Parfümerie und Materialwaren:

Josef Wolkerstorfer, Starhemberg-Platz 11, Telefon 161.

Versicherungsanstalt der öst. Bundesländer:

Vers.-A.G. (vorm. n.ö. Landes-Versicherungsanstalt). Geschäftsstelle für Waidhofen a. d. Ybbs und Umgebung. Karl Kollmann, Riedmüllerstraße 7, Tel. 72.

Wer bekannt sein will, muß inserieren. Dann wird auch das Geschäft florieren!

Herausgeber, Eigentümer und Verleger: Druckerei Waidhofen a. d. Ybbs, Gef. m. b. H., in Waidhofen a. d. Ybbs, Dr. Dollfuß-Platz 31. — Verantwortlicher Schriftleiter: Leopold Stummer, Waidhofen a. d. Ybbs, Dr. Dollfuß-Platz 31. — Druck: Druckerei Waidhofen a. d. Ybbs, Gef. m. b. H.